

Joachim Ragnitz\*

# Zu wenig unternehmerische Initiative: Gründungen und Gründerneigung in Ostdeutschland<sup>1</sup>

Als Ursache für die ausbleibende „Angleichung“ der wirtschaftlichen Ergebnisvariablen in Ostdeutschland werden immer wieder strukturelle Defizite genannt, vor allem das Fehlen von großen eigenständigen Unternehmen. Wenn diese fehlen, kommt es umso mehr auf die vorhandenen kleineren Unternehmen an. Deren Wachstumsdynamik ist aber leider nicht sehr groß. Vielfach fehlt es auch an „unternehmerischer Initiative“ in den ostdeutschen Ländern, was sich bspw. in einer geringen Zahl an Unternehmensgründungen und einer unterdurchschnittlichen Selbständigenquote widerspiegelt. Der vorliegende Beitrag sucht nach Ursachen für die geringe Gründungsneigung und zeigt Schlussfolgerungen für die Wirtschaftspolitik auf.

## EINLEITUNG

Es ist bekannt, dass die Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft auch beinahe 30 Jahre nach der Einführung der Marktwirtschaft noch immer deutlich hinter Westdeutschland zurückliegt – so beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner (rund 70 % des westdeutschen Durchschnitts), beim BIP je Erwerbstätigen (rund 80 %), bei den Löhnen (rund 80 %) und den Einkommen (rund 85 %). Seit geraumer Zeit ist kein Aufholen mehr festzustellen, und angesichts der zunehmenden Überalterung der Erwerbsbevölkerung und dem sich daraus ergebenden Fachkräftemangel muss befürchtet werden, dass weite Teile Ostdeutschlands künftig bei vielen dieser Kennziffern sogar wieder zurückfallen könnten. Dabei dürften wohl auch die regionalen Disparitäten wieder zunehmen – gerade die peripheren, ländlich geprägten Regionen stehen hier vor besonderen Problemen, nicht zuletzt wegen der massiven Deindustrialisierung unmittelbar nach Einführung der Marktwirtschaft und der hohen Abwanderung gerade jüngerer Personen in den ersten zwanzig Jahren nach der Vereinigung. Die historische Entwicklung seit 1991 hat Pfadabhängigkeiten geschaffen, die aller Voraussicht nach noch lange nachwirken werden.

Als Ursache für die ausbleibende „Angleichung“ der wirtschaftlichen Ergebnisvariablen werden immer wieder strukturelle Defizite des Ostens genannt, vor allem das Fehlen von großen eigenständigen Unternehmen, die Dominanz verlängerter Werkbänke mit geringer Wertschöpfungstiefe und eine Branchenstruktur, die durch gering produktive und häufig vor allem auf die regionalen Märkte gerichtete Produktionszweige gekennzeichnet ist. Wenn aber große Unternehmen mit entsprechend hoher Produktivität fehlen, kommt es umso mehr auf die vorhandenen kleineren Unternehmen an – sie müssten entsprechend wachsen, um diese Lücke füllen zu können. Leider aber ist die Wachstumsdynamik bei vielen kleineren Unternehmen nicht sehr groß (was allerdings für

Westdeutschland genauso zutrifft), nicht zuletzt auch deshalb, weil es an „Wachstumswillen“ fehlt.<sup>2</sup> Vielfach fehlt es ganz offenkundig auch an „unternehmerischer Initiative“ in den ostdeutschen Ländern, was sich zum Beispiel in einer geringen Zahl an Unternehmensgründungen widerspiegelt.<sup>3</sup>

Selbstständigkeit und privates Unternehmertum („Entrepreneurship“) sind wesentliche, konstitutive Merkmale der marktwirtschaftlichen Ordnung. Unternehmen wollen zwar im Regelfall ihren individuellen Gewinn maximieren, schaffen im Zuge dessen aber auch einen gesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Mehrwert: Sie stellen Arbeitsplätze bereit, zahlen ihren Arbeitnehmern einen Lohn, der in Summe ausreicht, die hergestellten Waren auch abzusetzen und damit den Beschäftigten einen „gerechten“ Anteil am gesamtwirtschaftlichen Wohlstand sichert. Schließlich müssen sie, um im Wettbewerb bestehen zu können, sich beständig um Innovationen kümmern, was so zur Steigerung des Wohlfahrtsniveaus insgesamt beiträgt. Da aber immer wieder auch Unternehmen aus dem Markt ausscheiden, weil sie den Herausforderungen des Wettbewerbs nicht gewachsen sind, bedarf es eines ständigen Marktzutritts neuer Unternehmen, die im Regelfall dann auch neue Ideen mitbringen – der Schumpeter'sche Prozess der „schöpferischen Zerstörung“. Empirische Untersuchungen belegen denn auch, dass es in den Industrieländern typischerweise einen positiven Zusammenhang zwischen einer starken Gründungsdynamik einerseits und einem überdurchschnittlichen Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum sowie niedrigen Arbeitslosenquoten andererseits gibt (wobei die Kausalität natürlich auch umgekehrt sein kann). Schon diese vereinfachte Darstellung zeigt, dass ohne eine ausreichende Zahl privater Unternehmensgründungen Wirtschaft und Gesellschaft in Stillstand verharren müssten.

\* Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

## DAS EMPIRISCHE BILD

Die Neigung, ein Unternehmen zu gründen, ist allerdings in ganz Deutschland ausgesprochen schwach ausgeprägt. In den Jahren 2014 bis 2017 kamen auf 1 000 Erwerbsfähige (Personen im Alter zwischen 18 und 65 Jahren) nur 5,3 Unternehmensgründungen, was unter 54 untersuchten Ländern der siebtletzte Platz ist.<sup>4</sup> Selbst wenn man Entwicklungsunterschiede zwischen den einzelnen Ländern berücksichtigt und nur ähnliche („innovationsbasierte“) Länder einbezieht, weist Deutschland eine ausgesprochen niedrige Gründungsneigung auf (Platz 19 von 24 Ländern). Im Jahr 2017 entfielen auf 10 000 Erwerbsfähige in Deutschland insgesamt knapp 74 Gründungen<sup>5</sup>; die ostdeutschen Flächenländer (mit Ausnahme Sachsens) liegen dabei am unteren Ende der Rangskala aller deutschen Bundesländer. Gleichzeitig liegt die Zahl der Unternehmensliquidationen in allen Flächenländern<sup>6</sup> seit geraumer Zeit über der Zahl der Neugründungen<sup>7</sup>, so dass die Gesamtzahl aller Unternehmen hier überall zurückgeht.

**Tab. 1**  
Existenzgründungen je 10 000 Einwohner im erwerbsfähigen Alter 2017

Bundesland	Existenzgründungen je 10 000 Einwohner im erwerbsfähigen Alter	Unternehmensschließungen je 1 000 Unternehmen <sup>a</sup>
Baden-Württemberg	58,4	73,5
Bayern	72,3	72,5
Berlin	161,0	141,0
Brandenburg	58,0	88,8
Bremen	66,5	88,1
Hamburg	122,2	99,7
Hessen	85,3	115,8
Mecklenburg-Vorpommern	51,7	95,1
Niedersachsen	66,4	87,2
Nordrhein-Westfalen	80,0	102,2
Rheinland-Pfalz	60,9	97,0
Saarland	49,2	87,2
Sachsen	61,2	86,7
Sachsen-Anhalt	47,3	96,0
Schleswig-Holstein	69,2	94,0
Thüringen	42,6	80,7
Deutschland	73,9	91,6
<b>Westdeutschland ohne Berlin</b>	72,8	89,2
<b>Ostdeutschland ohne Berlin</b>	53,6	88,6

a) ohne Freie Berufe.

Quelle: Institut für Mittelstandsforschung Bonn.

© ifo Institut

Auch die Selbständigenquote (Anteil der Selbständigen an allen Erwerbstätigen) ist in Deutschland mit 9,8 % im internationalen Vergleich deutlich unterdurchschnittlich. Der EU-Mittelwert liegt hier bei 14,5 %, niedrigere Werte als Deutschland weisen nur Luxemburg und Dänemark auf.<sup>8</sup> Das Gros der Beschäftigten zieht also offenkundig die Sicherheit einer abhängigen Beschäftigung der Unabhängigkeit des selbständigen Unternehmertums vor, auch wenn dies im Zweifel mit niedrigeren Einkommen einhergeht. Dabei ist der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland zumindest auf

aggregierter Ebene vergleichsweise gering: Während in den westdeutschen Flächenländern im Jahr 2016 9,6 % aller Erwerbstätigen selbständig waren, betrug die Selbständigenquote in den ostdeutschen Flächenländern 9,2 %.<sup>9</sup> Offenbar spiegelt sich die geringe Gründungsneigung in Ostdeutschland bislang noch nicht in einer ebenso geringen Selbständigenquote wider. Es ist aber zu erwarten, dass mit (demographisch bedingten) zunehmendem Ausscheiden älterer Unternehmer aus dem Markt und fehlendem Unternehmensnachwuchs auch die Selbständigenquote allmählich absinken dürfte.

## MÖGLICHE URSACHEN FÜR EINE GERINGE GRÜNDUNGSNEIGUNG

Einschlägige Untersuchungen zeigen, dass die niedrige Bereitschaft zu unternehmerischer Selbständigkeit in Deutschland nur zu einem kleinen Teil auf ungünstige Rahmenbedingungen oder einen Mangel an Fördermöglichkeiten zurückzuführen ist.<sup>10</sup> Zwar mag in regionaler Hinsicht auch die allgemeine Wirtschaftslage eine Rolle spielen (in strukturschwachen Regionen haben Unternehmen zumeist auch nur ungünstige Absatzchancen, soweit sie sich nicht auf die internationalen Märkte konzentrieren). Ein weiterer Grund ist hier sicherlich auch, dass aufgrund von selektiver Abwanderung die Größe der typischen Gründerkohorten (Erwerbspersonen zwischen 30 und 40 Jahren) insbesondere in vielen ostdeutschen Regionen nur gering ist. Die Bereitschaft zu unternehmerischer Initiative ist aber in ganz Deutschland im internationalen Vergleich eher gering ausgeprägt, was auf gemeinsame, regionsübergreifende Ursachen hindeutet. Nach den diesbezüglichen Untersuchungen liegt ein entscheidender Grund hierfür deswegen auch eher in kulturellen Traditionen und gewachsenen Mentalitäten in Deutschland<sup>11</sup> sowie in Defiziten in der schulischen Ausbildung.<sup>12</sup> Zudem ist das Ansehen der Unternehmer in der Öffentlichkeit auch nicht besonders gut, wobei bei derartigen Befragungen häufig nicht unterschieden wird zwischen selbständigen, persönlich haftenden Unternehmern und angestellten Managern von Kapitalgesellschaften, die sich primär ihren jeweiligen Aktionären gegenüber verantwortlich fühlen. Unter der Liste der „angesehensten“ Berufe findet sich „Unternehmer“ jedenfalls gemeinhin eher auf hinteren Rangplätzen (Allensbach 2013: Platz 11 von 18; Forsa 2016: Platz 23 von 32).<sup>13</sup>

In einer einschlägigen Befragung zu begünstigenden und hemmenden Faktoren unternehmerischer Selbständigkeit wird der „kulturelle Faktor“ mit über 70 % an Nennungen als sehr bedeutsam angesehen.<sup>14</sup> Dabei vertreten mehr als 60 % der befragten Experten die Meinung, dass in der deutschen Kultur das Streben nach Autonomie und generell ein hohes Maß an Eigeninitiative als begünstigender Einflussfaktor unternehmerischer Selbständigkeit nur schwach verankert sind. Dies hat zur Folge, dass die Risikobereitschaft in der Bevölkerung nur gering ausgeprägt ist; sichere Arbeitsverhältnisse werden im Vergleich zur eigenen Unternehmensgründung häufig bevorzugt. Im Ganzen landet Deutschland in einem internationalen Vergleich bei der Beurteilung der kulturellen und sozialen Rahmenbedingungen für eine verstärkte Selbständigkeit nur im Mittelfeld. Auch andere Aspekte wie die Förderung der Kreativität und Innovation sind

aus Sicht der Gründungsexperten in der deutschen Kultur unzureichend entwickelt.

Die hier betonte geringe Risikobereitschaft hat auch damit zu tun, dass eine „Kultur des Scheiterns“ in Deutschland faktisch nicht existiert. Anders als insbesondere in den angelsächsischen Ländern gilt eine erfolglose Unternehmensgründung, insbesondere dann, wenn sie mit persönlichen finanziellen Einbußen einhergeht, als gesellschaftlicher Makel und nicht als Gelegenheit, aus Fehlern zu lernen. Zwar gibt es mittlerweile eine Reihe von Initiativen, die gerade dies ändern wollen, jedoch ist dies eher auf die Start-up-Szene in Berlin, Leipzig und anderen Großstädten beschränkt – gerade im ländlichen Raum Ostdeutschlands scheint es so etwas bislang noch nicht zu geben.

Mentalitäten sind etwas, was sich über lange Zeiträume herausbildet – und das sind eher Jahrhunderte als Jahrzehnte. Insoweit muss man schon weit in die Geschichte ausholen, will man die mentalitätsbedingt geringe Bereitschaft zur Selbständigkeit in Deutschland erklären. Hingewiesen wird in der Literatur bspw. auf religiöse Einflüsse (wie die Dominanz des Katholizismus in weiten Teilen Deutschlands) und die politische Kleinstaaterei mit häufig absolutistischen Fürstentümern, die bei ihren Untertanen zu einer gewissen Letzargie geführt hat. Allerdings treffen diese Erklärungen gerade auf einen Großteil Ostdeutschlands wohl kaum zu. Weiterhin wird auf die Industrialisierung seit Mitte des 18. Jahrhunderts verwiesen, als mit der Erfindung von Dampfmaschine, elektrischem Webstuhl und Eisenbahn enorme Produktivitätssteigerungen möglich wurden, die zur Freisetzung von Personal in bis dahin häufig eher auf Heimarbeit (und damit auf eigenes Risiko produzierenden) beruhenden „Manufakturen“ führte und damit zur Entstehung einer Klasse abhängig beschäftigter Arbeiter führte, die von Wohl und Wehe ihres jeweiligen Industriearbeitgebers abhängig waren. Dies würde es erklären, dass die Gründungsintensitäten insbesondere in Regionen, die in der Vergangenheit durch industrielle Großunternehmen geprägt waren, typischerweise eher niedrig ist. Zwar entstanden damals, insbesondere in der „Gründerzeit“ zwischen 1850 und 1870, auch viele Unternehmen; die allermeisten konnten sich jedoch am Markt nicht behaupten oder wurden von Wettbewerbern übernommen, was möglicherweise die Einstellung zur unternehmerischen Selbständigkeit zusätzlich negativ beeinflusst hat. Zudem hat sich wohl auch der Börsen-Crash von 1873 und die darauffolgende mehr als zwanzigjährige wirtschaftliche Stagnationsphase in das kollektive Gedächtnis der Deutschen eingepreßt: Vor allem der Mittelstand war damals akut von sozialem Abstieg bedroht, was bis heute zu einer anhaltenden Risikoaversion beitragen dürfte.

Gerade in den eher ländlich geprägten Regionen Nordostdeutschlands kommt hinzu, dass ein Großteil der Erwerbstätigen hier in der großbäuerlich geprägten Landwirtschaft als unselbständige Landarbeiter tätig waren – was mit Blick auf die Entwicklung von unternehmerischer Initiative und Selbständigkeit auch nicht förderlich war. Diese Tradition wurde letzten Endes in Form der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften der DDR auch über den Zweiten Weltkrieg hinaus fortgeführt. Hinzu kam schließlich, dass mit der Flucht zahlreicher Menschen aus den früheren Ostgebie-

ten des Deutschen Reiches – die sich zu einem nicht unbedeutlichen Teil eben in Ostdeutschland niedergelassen haben – auch keine „Durchmischung“ der Bevölkerung stattfand, vielmehr mehrheitlich Menschen kamen, die von ihrer Sozialstruktur der originären Bevölkerung ziemlich ähnlich waren und demzufolge auch eher diese „Landarbeitermentalität“ mitbrachten. Unternehmerpersönlichkeiten haben hingegen nach der Einführung des Sozialismus in der DDR das Land häufig verlassen und insoweit zu einer weiteren Schwächung der unternehmerischen Basis in Ostdeutschland beigetragen.

Es spricht so einiges dafür, dass all diese historischen Entwicklungen zu der insgesamt geringen Neigung zu unternehmerischer Selbständigkeit in Deutschland beigetragen haben dürften, und zwar in Ostdeutschland in eher stärkerem Maße als in großen Teilen Westdeutschlands. Angesichts dieser langfristigen historischen Perspektive tritt jedoch die gerade mit Blick auf Ostdeutschland gängige Erklärung, dass für die Vorbehalte gegenüber unternehmerischer Selbständigkeit die staatliche Indoktrination in der DDR verantwortlich sei, in den Hintergrund. Man darf diesen Erklärungsansatz natürlich nicht vernachlässigen, galt privates Unternehmertum entsprechend der sozialistischen Lehre doch als Ausdruck von Ausbeutung der Arbeiterklasse, die durch den Übergang zum Volkseigentum überwunden werden musste. Aber letzten Endes war dies wohl nicht entscheidend, sondern eher ein zusätzlicher Faktor, der angesichts der vorherrschenden Sozialstruktur gerade im ländlich geprägten Norden Ostdeutschlands auf besonders fruchtbaren Boden fiel – aber kaum entscheidend dafür ist, dass unternehmerische Selbständigkeit hier stärker als anderswo mit Argwohn beäugt wird.

Zwar gibt es inzwischen kaum noch empirische Untersuchungen zum vorherrschenden „Unternehmerbild“ in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland. Die „Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS), die am ehesten hierüber Auskunft geben könnte, zeigt allerdings ein nach wie vor stärkeres Misstrauen in Ostdeutschland gegenüber grundlegenden Prinzipien der Marktwirtschaft (zu denen eben auch ein freies Unternehmertum gehört) als in Westdeutschland (Angaben für 2016). So werden bspw. staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsprozess in Ostdeutschland in deutlich stärkerem Maße befürwortet als es in Westdeutschland der Fall ist (Preiskontrollen: 33 % versus 18 %; staatliche Bereitstellung von Arbeitsplätzen 35 % versus 21 %; Verantwortung des Staates für Wirtschaftswachstum 16 % versus 12 %). Zudem gibt es in Ostdeutschland deutlich mehr Personen, die stärkere sozialpolitische Interventionen des Staates befürworten (Einkommensnivellierung: 46 % versus 29 %, höhere Ausgaben für Arbeitslosengeld 39 % versus 32 %, höhere Ausgaben für die Rente 75 % versus 67 %) und die das deutsche Steuer- und Transfersystem für ungerecht halten (79 % versus 75 % meinen, dass niedrige Einkommen zu hoch besteuert werden; 69 % versus 62 % halten die Besteuerung hoher Einkommen für zu gering). Die Bedeutung von Einkommen bzw. von Einkommensunterschieden als systemimmanenter Leistungsanreiz wird insoweit von der Mehrheit der (Ost-)Deutschen deutlich verkannt. Die Ergebnisse des ALLBUS können insoweit auch in der Weise interpretiert werden, dass Werte wie „Eigenverantwortung“ und „Risi-

kobereitschaft“ gegenüber staatlich organisierter Vorsorge deutlich schwächer gewichtet werden. Damit sind aber gerade jene Eigenschaften angesprochen, die nach allgemeiner Auffassung konstitutiv für das Unternehmertum sind.

Der ALLBUS zeigt aber auch, dass es dabei einen relativ starken „Altersbias“ gibt – gerade die jüngeren Befragten stehen dem deutschen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem etwas positiver gegenüber als die Älteren. Dies lässt vermuten, dass die insgesamt geringere Gründungsneigung in Ostdeutschland hierdurch wohl kaum erklärt werden kann, denn in der Gruppe der „gründungsaffinen“ Kohorten sind die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland inzwischen eher gering. Leichte Einstellungsunterschiede gegenüber den Befragten im Westen finden sich aber auch in dieser Altersgruppe noch.

## POLITISCHE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Anfänglich wurde darauf verwiesen, dass ein Mehr an unternehmerischer Initiative wohl auch dazu beitragen könnte, die strukturellen Defizite Ostdeutschlands zu überwinden. Einfach ist das aber nicht: Da Mentalitäten wie diese tief im kollektiven Bewusstsein verankert sind, werden diese sich auch nicht so ohne weiteres verändern lassen. Zwar gibt es gerade in Ostdeutschland ja vielerlei Werbekampagnen für unternehmerische Selbständigkeit, und auch an speziellen Förderprogrammen für Gründungen (oder neudeutsch: „start-ups“) herrscht nun wirklich kein Mangel. Aus demographischen Gründen gibt es aber immer weniger Personen, die noch am Beginn des Berufslebens stehen und deswegen am ehesten für eine Unternehmensgründung in Frage kommen. Schon dies allein kann erklären, dass die Zahl der Unternehmensgründungen gerade in Ostdeutschland seit Langem rückläufig ist und wohl auch künftig kaum signifikant steigen wird.

Damit stellt sich die Frage, was man gegen die geringe Gründungsbereitschaft tun kann. Gängige Untersuchungen zu unternehmerischer Selbständigkeit zeigen, dass hier vor allem das Bildungssystem gefordert ist. Schon die Vermittlung grundlegender Kenntnisse über wirtschaftliche Zusammenhänge kommt in den Lehrplänen deutscher Schulen kaum vor, und auch in der Lehrerausbildung spielt das Fach „Wirtschaft“ so gut wie keine Rolle. Zwar gibt es gegen eine Intensivierung der ökonomischen Bildung in der Schule Widerstände von verschiedenen Seiten – einerseits wird befürchtet, dass damit die Auflösung des Humboldt’schen Bildungsideals verbunden sein könnte, andererseits wird vor einer allzu einseitigen Orientierung der schulischen Bildung an den Interessen der Wirtschaft gewarnt – gleichwohl ist es ein Problem, dass ein Großteil der Jugendlichen die Schule als „ökonomische Analphabeten“ verlässt und deswegen auch objektiv kaum in der Lage ist, unternehmerisch tätig zu werden.

Und es wird sicherlich auch darauf ankommen, das Unternehmerbild in der Öffentlichkeit zu verbessern. Einfach ist dies nicht, solange die Bevölkerung nicht zwischen „Unternehmern“ und „Managern“ unterscheidet und Unternehmer auf Unternehmerveranstaltungen weitgehend unter sich bleiben. Auch hier sollte man vor allem die nachwachsende Generation in den Blick nehmen – durch Aufklärung und Informati-

onsbereitstellung (gerade auch in den Schulen) oder durch professionell gemachte und zielgruppenadäquate Werbekampagnen. Gleichzeitig würde es sicherlich nützen, wenn Unternehmer in der Öffentlichkeit nicht nur ihre geschäftlichen Belange darstellen, sondern auch durch gesellschaftliches oder karitatives Engagement hervortreten und insoweit eine positive Vorbildrolle einnehmen. Auch eine stärkere soziale Verantwortung für die Beschäftigten könnte helfen, ein positives Unternehmerbild aufzubauen und kann ja auch vereinbar mit betrieblichen Interessen bspw. zur Sicherung des Fachkräftebedarfs sein (z. B. durch Einrichtung von Betriebskindergärten oder die Verbesserung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf). Gerade in Regionen, die durch „Elitenmangel“ geprägt sind, sollten die Unternehmer diese Lücke auszufüllen versuchen. Nicht kurzfristig, aber langfristig mag dies helfen, das ungünstige Unternehmerbild gerade in Ostdeutschland zu verbessern.

Wenig ist hingegen davon zu halten, mit noch mehr Förderprogrammen Unternehmensgründungen zu unterstützen. Gründungen mit überzeugenden Unternehmenskonzepten scheitern im Regelfall nicht an Kapitalmangel (und schon gar nicht bei niedrigen Zinssätzen). Gründungen ohne überzeugendes Konzept sollten auch nicht staatlicherseits gefördert werden (auch wenn dies gerade bei reichlich vorhandenen öffentlichen Mitteln eine gewisse Popularität genießt). Da einschlägige Untersuchungen auch in einer hohen Regulerdichte ein Hemmnis für mehr Unternehmensgründungen sehen, sollte die Politik, wenn sie sich des Themas annehmen möchte, eher prüfen, inwieweit durch zumindest temporäre Erleichterungen in den rechtlichen Rahmenbedingungen Gründungen verwirklicht werden können.

## LITERATUR

Bijedic, T. und H.-J. Wolter (2018), Kultur unternehmerischer Selbständigkeit, Denkpapier des IfM, Bonn.

KfW Bankengruppe (Hrsg.) (2018), Gründungsmonitor 2018, Frankfurt/Main.

Ragnitz, J. (2014), „Gründungsneigung in Ostdeutschland weiterhin geringer als im Westen“, ifo Dresden berichtet, Heft 6/2014, S. 41-43.

Rambøll Management Consulting GmbH, Creditreform Rating AG und ifo Institut, Niederlassung Dresden (Hrsg.) (2017), Unternehmerische Wachstumsstrategien in den ostdeutschen Bundesländern, Studie im Auftrag des BMWi (Endbericht), Hamburg.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2018), Fachserie 1 Reihe 4.1 (Bevölkerung und Erwerbstätigkeit), Wiesbaden.

Sternberg, R.; Wallisch, M.; Gorynia-Pfeffer, N.; von Bloh, J. und A. Baharian (2018), Global Entrepreneurship Monitor (GEM) 2017/2018. Unternehmensgründungen im weltweiten Vergleich – Länderbericht Deutschland 2017/2018, Eschborn.

- 1 Überarbeitete Version eines Vortrags zum „Unternehmerbild in Ostdeutschland“ anlässlich einer Veranstaltung des Arbeitgeberverbands Nordmetall am 28. August 2018 in Rostock-Warnemünde.
- 2 Vgl. z.B. Rambøll Management Consulting GmbH et al. (2017).
- 3 Vgl. z.B. Ragnitz (2014).
- 4 Vgl. Sternberg et al. (2018).
- 5 Angaben des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn; nach vorläufigen Angaben des IfM für das Jahr 2018 dürfte die Existenzgründungsinzidenz auf 71,2 Gründungen je 10 000 Einwohner im erwerbsfähigen Alter zurückgegangen sein.

- 6 Positive Existenzgründungssalden weisen nur die Stadtstaaten auf.
- 7 Nur gewerbliche Gründungen/Schließungen, ohne Freie Berufe.
- 8 <http://wko.at/statistik/eu/europa-selbstaendigenquote.pdf>.
- 9 Vgl. Statistisches Bundesamt (2018).
- 10 Vgl. KfW Bankengruppe (2018), S. 8.
- 11 Vgl. Bijedic und Wolter (2018).
- 12 Vgl. Sternberg et al. (2018), S. 60ff.
- 13 <https://fowid.de/meldung/berufsprestige-2013-2016-node3302>
- 14 Vgl. Sternberg et al. (2018), S. 51.